

Die Internetseite des Norbert Kortlüke

Stadtrat Kortlüke war vor seiner Wahl in Wetzlar zuerst für Grüne Politiker und dann selbständig in der Windkraftbranche tätig. Das mag erklären, warum er unbedingt in Wetzlar Windräder bauen will, auch wenn der Standort in Blasbach denkbar ungeeignet ist. Kritik aus Blasbach muss sich der grüne Stadtrat daher gefallen lassen – auch kritische Leserbriefe mit Zweifeln bezüglich seiner Unabhängigkeit. Zu der Irritation trägt die Seite <http://www.beratungemissionshandel.de/> bei, auf der es heißt: „Herzlich Willkommen auf der Homepage von Norbert Kortlüke. Als unabhängiger Berater und Gutachter bin ich sowohl für Unternehmen als auch für die Verbände der Erneuerbaren Energien tätig.“ Unten auf der Seite ist die Jahreszahl 2017 zu lesen, was Aktualität andeutet und daher zurecht Fragen aufwirft: Geht der Stadtrat etwa einer Nebenbeschäftigung nach? Ist seine Verbindung zur Windindustrie näher als gedacht? Immerhin sah sich Kortlüke genötigt, in der Stadtverordnetenversammlung Stellung zu nehmen und vorzutragen, dass er keine Nebentätigkeit ausübe. Es bleibt die Frage, warum er die Internetseite nicht geändert hat. Ein falsches Impressum einer gewerblichen Seite verstößt gegen geltendes Recht. Das sollte ein Stadtrat wissen. Wenn aber Kortlüke nicht in der Lage sein sollte, fast fünf Jahre nach seiner Wahl zum Stadtrat eine Internetseite vom Netz zu nehmen, dann hat er sich als zuständiges Magistratsmitglied für E-Government ein Armutszeugnis ausgestellt. Aber vielleicht sucht Kortlüke auch nur bereits nach neuen Aufgaben, wenn seine Amtszeit Anfang 2019 ausläuft. Das wäre für Wetzlar die beste Nachricht!



Konflikt beim Kulturfestival: Wegducken geht nicht mehr!

Streit überschattete das Wetzlarer Kulturfestival. Der Magistrat unter Oberbürgermeister Wagner erließ Anordnungen, keine politischen Symbole zu zeigen. Darauf sagten die kurdischen Vertreter sowie die Flüchtlingshilfe ihre Teilnahme ab. Was war geschehen? Der tiefgreifende Konflikt im Nahen Osten, insbesondere in der Türkei, hat nun auch Wetzlar erreicht. Eigentlich soll das Kulturfestival nur ein friedliches „buntes“ Fest sein. Es wird aber zunehmend von den tiefgreifenden Konflikten in den Heimatländern überschattet. Die Kurden kämpfen seit über 100 Jahren für ihren eigenen Staat – ob als Freiheitskämpfer oder Terroristen, hängt vom politischen Standpunkt ab. Da sind Symbole eines kurdischen Staats auf dem Domplatz für manche eine Provokation. In seinem Wunsch, die Politik doch außen vor zu lassen, wirkt der rot-grüne Magistrat zunehmend hilflos. Ein Eingreifen des Oberbürgermeisters führte dazu, dass die alevitische Gemeinde und zwei kurdische Vereine ihre Teilnahme absagten und die Wetzlarer Flüchtlingshilfe offen protestierte, indem sie u.a. Bücher zur Armenienfrage in der Türkei ausstellte. Der Bundestag hatte die Ermordung von Armeniern im Ersten Weltkrieg als Völkermord eingestuft, was türkische Nationalisten als Beleidigung ihres Landes ansehen. Das Jugendnetz Wetzlar legte eben diese Resolution auf den Stufen des Doms aus und unterlief damit bewusst die Intention des Magistrats.

Dies alles zeigt: Mit einer „alles-so-schön-bunt“-Politik und der verzweifelten Aufforderung, doch die Politik und damit die Probleme aus dem Heimatländern außen vor zu lassen, hat sich der rot-grüne Magistrat verrannt. Ein „Integrationsfest“ ist die Veranstaltung damit immer weniger. Jetzt sind Konzepte gefragt und keine Anordnungen. Es ist gut, dass es einen „WIR“-Beirat (**Wirksame Integrationsansätze Realisieren**) gibt, aber er kann diese Probleme nicht alleine lösen. Der Magistrat selbst muss sich aktiv der Thematik annehmen, zwischen den Gruppen moderieren, aber auch klar machen, dass Wetzlar kein Ort für Stellvertreterkämpfe ist. Nur so gelingt auf Dauer ein gutes und friedliches Zusammenleben.

Wegducken geht nicht mehr, Herr Oberbürgermeister!

Impressum

Herausgeber
FDP-Stadtvorordnetenfraktion Wetzlar
Dr. Matthias Büger
V.i.S.d.P.
Dr. Matthias Büger
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar
Bearbeitet von Heike Meißner
Druck: wd print + medien
Kontakt
Telefon: 06441/42592
E-Mail: info@fdp-wetzlar.de



Wetzlarer

Depesche

Straßenbeibrags-Desaster

Internetseite des Norbert Kortlüke

Konflikt beim Kulturfestival

Wetzlar nach der Bundestagswahl

Was hat die Bundestagswahl mit Wetzlar zu tun? Vielleicht mehr als man denkt! Mit seiner Lage in der Mitte Deutschlands profitiert Mittelhessen und damit Wetzlar wie kaum eine andere Region von einer guten Verkehrsanbindung. Dass es hier Nachholbedarf gibt, liegt aber nicht nur am Bund. Das Land Hessen hat mehr als 30 Mio. Euro an Straßenbaumitteln an den Bund zurückgegeben, weil es angeblich nicht in der Lage war, das Geld auszugeben. Solange sich in Wiesbaden nichts ändert, helfen auch zusätzliche Millionen aus Berlin nicht. Wichtig für unsere Entwicklung in Wetzlar sind auch Investitionen im Bereich der Digitalisierung. Es besteht die Chance, dass sich nach der Abwahl der Großen Koalition hier etwas ändert. Die FDP-Bundestagsfraktion will sich jedenfalls diesem Thema ebenso widmen wie der Steigerung der Qualität in der Bildung.

Konkrete Auswirkungen auf Wetzlar könnte die Bundestagswahl auch in Blasbach haben. Je nachdem, wie die Energiepolitik neu geregelt wird, könnte sich der Bau von Windkraftanlagen an Schwachwindstandorten erledigen. Aus Sicht der betroffenen Bürger in Blasbach wäre dies sehr zu wünschen.

Indirekte Auswirkungen auf die Stadtverordnetenversammlung könnte die Tatsache haben, dass die drei Wetzlarer Koalitionsfraktionen zur Bundestagswahl in Wetzlar nur 33% der Stimmen erzielt haben und sich zwei Drittel der Wähler für andere Parteien entschieden haben. Ob dies zum Umdenken führt? Es wäre zu wünschen.



Für uns war die Bundestagswahl eine Bestätigung. Mit 10,2% in Wetzlar übertrifft die FDP sogar ihr gutes Kommunalwahlergebnis von 2016 von 9,9%. Bedenklich stimmt der hohe Anteil der AfD in Wetzlar. Es reicht eben nicht, Populisten moralisch zu verteufeln. Man muss sich mit den Inhalten auseinandersetzen und sachlich das bessere Angebot machen!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Wetzlarer,

in den vergangenen Wochen war die Bundespolitik das beherrschende Thema. Das ist auch verständlich, denn der Ausgang der Bundestagswahl betrifft alle, auch uns in Wetzlar. Ein paar konkrete Berührungspunkte zur Wetzlarer Stadtpolitik finden Sie im Artikel links auf dieser Seite.



Spannend bleibt, ob die Wetzlarer Regierungsparteien ihr insgesamt schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl in Wetzlar als Warnschuss verstehen, um ihr Verhalten zu überdenken. Fehlentwicklungen gibt es leider in der Stadtpolitik genug. Diesmal berichten wir ausführlich über die hohen Summen, die die Stadt in Münchholzhausen von Anwohnern für die Straßensanierung fordert. Selbst wenn Sie nicht in Münchholzhausen wohnen: Sie könnten bald ebenso betroffen sein!

Kleinere Berichte finden Sie zum Stiefkind dieser Koalition (dem Freibad), zur zweifelhaften Verteilung kostenloser Busfahrkarten, zum Einsatz von Elektromobilität, aber auch zu der missverständlichen Internetseite des grünen Stadtrats.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und neue Einsichten jenseits der Pressemeldungen aus dem Rathaus.

Herzlichst Ihr

Matthias Büger

FDP-Stadtvorordnetenfraktion Wetzlar
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar



LEUTE LEUTE

Eine wichtige Aufgabe übernahm Stadtverordneter Thomas Schermuly: Er wurde zum ehrenamtlichen Richter ans Arbeitsgericht Gießen berufen. Für diese wichtige Aufgabe wünscht die Fraktion alles Gute!



Seit 10 Jahren steht Dr. Matthias Büger als Vorsitzender der FDP-Stadtvorordnetenfraktion vor. Im Sommer 2007 hatte er das Amt von seiner Vorgängerin Irmtrud Rinn übernommen. Seit dieser Zeit gehört Büger dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss an. Die Fraktion gratuliert und wünscht für die Zukunft viel Erfolg.



Die grafische Gestaltung der Depesche übernimmt ab dieser Ausgabe Heike Meißner, die wir herzlich im Team der Depesche begrüßen. Für die jahrelange gute Zusammenarbeit bedankt sich die Fraktion bei Christiane Lohr, die über mehrere Jahre hinweg für das Layout verantwortlich zeichnete.





Thomas Schermuly

WetzlarCard **Kostenloses Busfahren mit der WetzlarCard, aber weniger Freifahrten für Senioren**

Die von der Wetzlarer SPD als Prestigeprojekt verbissen verteidigte WetzlarCard wird immer mehr zu einer reinen Busfahrkarte (über 90% der Kosten). Für die unstrittigen verbilligten Eintritte werden hingegen nur 5% ausgegeben. Jetzt treibt das SPD-Projekt sonderbare Blüten: Weil die Zahl der WetzlarCard-Inhaber steigt, laufen dem Magistrat die Buskosten davon und er spart an den Senioren. Bislang bekam derjenige, der nicht mehr fit genug zum Autofahren war und freiwillig seinen Führerschein abgab, einmalig eine RMV-Jahreskarte. Das hat der Magistrat nun gestoppt. Angeblich seien viel zu viele wohlhabende Rentner dabei. Wir bitten zu bedenken: Die Rentner, die die SPD nicht mehr begünstigen will, haben ihr Leben lang Steuern gezahlt. Dies ist eine ganz falsche Sozialpolitik!



Angelika Kunkel

Kulturförderung **Wir unterstützen die Wetzlarer Kultur gerne**

FDP und Kultur, das passt seit vielen Jahren zusammen. Deshalb sind viele Mitglieder der FDP-Fraktion in Kulturvereinen aktiv. Zu diesem Engagement stehen wir. Weil wir die Kultur und die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen für so wichtig halten, haben wir uns in der Stadtverordnetenversammlung immer dafür eingesetzt, dass Kulturvereine gefördert werden. Dies gilt auch für die pauschale 10%igen Mittelkürzung, deren Rücknahme wir beim Haushalt 2017 gefordert haben. Dass die Wetzlarer SPD dies zum Anlass nimmt, unserem Fraktionsvorsitzenden Dr. Matthias Büger Interessenkonflikte vorzuwerfen, ist abenteuerlich, zumal unser Antrag nicht einen einzelnen Verein begünstigt hätte. Hier soll bürgerschaftliches Engagement diskreditiert werden.



Jürgen Lauber-Nöll

Kindergärten **Bei der vorschulischen Bildung ist Qualität das Wichtigste!**

Die Landesregierung hat die Kostenfreiheit der Kindergärten angekündigt. Was gut klingt, hat mehrere Webfehler: Das Land entlastet die Eltern für maximal 6 Stunden pro Tag. Für darüber hinausgehende Zeiten kann die Stadt auch in Zukunft Beiträge erheben. Das ist komplex und hat in Wetzlar beim letzten Kindergartenjahr zu fehlerhaft hohen Gebühren geführt. Was aber noch wichtiger ist: In einer neuen Bertelsmann-Studie heißt es „Qualitätssteigerung muss Vorrang haben.“ Dies würde nämlich den Kindern zugutekommen. Aber dafür ist am Ende, so befürchten wir, weder beim Land noch bei der Stadt Geld vorhanden. Hier müssten wir aber für unsere Kinder investieren!



Dr. Christoph Wehrenfennig

Klimaschutz **Ist Elektromobilität alltagstauglich?**

Als Freie Demokraten stehen wir dem (technologischen) Fortschritt offen gegenüber. Das gilt auch im Bereich der erneuerbaren Energien und emissionsarmen Antriebe wie z.B. dem Elektromotor. Es muss nur praktikabel sein und sich rechnen. Viele sagen, die Zukunft gehöre dem Elektromotor. Wir wollen die Probe aufs Exempel machen. Leichter als bei privaten PKW können Elektromotoren bei Bussen eingesetzt werden, da man hier feste Ladestationen einrichten kann. Außerdem ist Gimmler ein städtisches Unternehmen. Deshalb lassen wir prüfen, ob eine Umstellung der Wetzlarer Busse auf Elektroantrieb möglich und die Technologie schon ausgereift ist. Wir sind auf das Ergebnis gespannt.



Thomas Meißner

Freibad **Ist die Pisek-Anlage das Ende des Freibads?**

Dass wir Parkanlagen nach unseren Partnerstädten benennen, ist grundsätzlich gut. Pisek fehlt hier noch. Den Bereich um das Freibad zur „Pisek-Anlage“ zu erklären, lässt aufhorchen. Der wesentliche Teil der umbenannten Fläche ist heute (noch) das Freibad. Der öffentlich zugängliche Teil ist viel zu klein, als dass er sich für eine „Anlage“ eignen würde. Das würde sich ändern, wenn man das Freibad aufgibt. Es ist ruhig um die Sanierung des Bades geworden. Auf eine fragwürdige Bürgerbeteiligung folgte keine relevante Aktion der Stadt. Wir bleiben wachsam: Eine Pisek-Anlage darf nicht der erste Sargnagel für unser schönes Freibad sein!

Münchholzhausen: Das Straßenbeitrags-Desaster

Nach einem Umbau des Leitzplatzes für 1,8 Millionen Euro steht jetzt das nächste Bauprojekt an, bei dem es teuer zu werden droht. Zumindest zeigen dies die Zahlen, die der Magistrat den Bürgern mitgeteilt hat. Diesmal trifft es Münchholzhausen.



Im Stadtparlament aber hüllt sich der Baudezernent in Schweigen, streicht gleich alle Zahlen aus der Parlamentsvorlage und tut so, als sei es das Normalste der Welt. Angesprochen auf die fehlenden Zahlen behauptet SPD-Fraktionsvize Tschakert, Bürger und Stadtverordnete seien ohnehin nicht in der Lage, die Zahlen zu verstehen. Und der grüne Fraktionschef Sarges versteigt sich in der Behauptung, alles sei nur „ein Sturm im Wasserglas“. Dabei geht es vielen Menschen an die Existenz!

Als FDP-Fraktion meinen wir: Jetzt brauchen wir endlich Transparenz, wie hoch die Kosten tatsächlich sind und warum solch exorbitant hohen Kosten in den Raum gestellt wurden. Es muss doch auch in Wetzlar möglich sein, wie andernorts auch, zu vertretbaren Kosten eine Straße zu sanieren. Denn wiederkehrende Beiträge, über deren Für und Wider man trefflich diskutieren kann und die manchem Betroffenen als letzte Rettung erscheinen, würden nur die Kosten innerhalb von Münchholzhausen umverteilen und da-

mit das eigentliche Problem nur verschieben.

Das Schlimmste ist aber: Die Sorgen und Nöte der betroffenen Hausbesitzer werden offenkundig vom Magistrat und den ihn tragenden Fraktionen ignoriert. Die einzige Beteiligung der Bürger ist am Ende die Beteiligung an den Kosten! Das kann und darf nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sein. Wir bleiben dran!



Dass Bürger sich anteilig an den Kosten ihrer Straßen beteiligen, ist nicht neu. In Wetzlar ist dies seit vielen Jahrzehnten üblich. Unterschiedliche Baudezernenten haben hier mehr oder weniger Fingerspitzengefühl gezeigt. Solange wir als FDP-Fraktion Verantwortung getragen haben, haben wir darauf geachtet, dass die Kosten insgesamt und damit auch die anteiligen Beträge für die Bürger nicht aus dem Ruder laufen.

Das hat sich geändert: Bürgermeister Semler plant eine Sanierung der Wetzlarer und Rechtenbacher Straße im Ortsteil Münchholzhausen. Dabei stehen in Münchholzhausen Beträge bis zu 60.000 Euro (!) pro privatem Anlieger im Raum. Für junge Familien oder Rentner sind solche Beträge überhaupt nicht zu schultern und könnten im schlimmsten Fall zum Verlust des Hauses führen. Die Beträge sind so ungewöhnlich hoch, dass sogar das Fernsehen nach Münchholzhausen kommt und die Hessenschau berichtet.

